

Form bereits erfüllt ist, ist die geheime, nur zwischen den zwei vermeintlichen Eheleuten vorgenommene Willenserklärung von der Kirche vorgeschrieben und die leidige Angelegenheit dann beendigt.

St. Florian.

Mois Bachinger.

**III. (Professorengelalt eines Geistlichen und Testament.)** In seiner neuesten Publication („Das Testament des Geistlichen nach kirchlichem und bürgerlichem Recht“ 1901) schreibt Professor Dr. Hollweck (S. 34 ff.): „Als gebundenes Eigenthum des Geistlichen erscheint also nur das eigentlich ständige Amtseinkommen, mag sich dasselbe nun aus einem Beneficium herleiten oder aus sonstigen Fonds (kirchlichen oder weltlichen) dargereicht werden“. Was unter dem Amtseinkommen aus sonstigen Fonds gemeint ist, hatte der gelehrte Autor bereits vorher erklärt, wenn er unter dem „geistlichen Vermögen“ des Clerikers an zweiter Stelle aufzählt (S. 33): „Das Amtseinkommen für Kirchenämter, welche nicht den Charakter von Beneficien haben, sofern die betreffenden Gehälter aus kirchlichen Mitteln gereicht werden, z. B. Professuren oder sonstige Stellen an kirchlichen Lehranstalten, Seminarien, Lyceen, Weichvaterstellen an Frauenklöstern u. dgl. Dasselbe ist wohl zu sagen von jenen Stellen, für deren Bekleidung die missio canonica erforderlich ist, obwohl sie an sich vom Staate oder einer Commune errichtet sind und von diesen auch ihre Besoldung haben z. B. Professoren an theologischen Facultäten oder an staatlichen Lyceen, Religionslehrerstellen an Gymnasien, Militärseelsorgerstellen und dgl. Solche Stellen erhalten durch die nothwendige missio canonica die Bedeutung kirchlicher Ämter im weiteren Sinne und was für deren Bekleidung aus staatlichen Mitteln gewährt wird, ist intuitu ecclesiae erworben, d. h. mit Rücksicht auf geistliche Amtsfunktionen, als welche theologischer Unterricht, Religionsunterricht u. dgl. zweifellos erscheinen“. Hollweck fügt in der Anmerkung bei: „Diese Frage finde ich nirgends untersucht. Wenn man auf die ältere Gestaltung des kirchlichen Ämterwesens zurückgeht und die damit verbundenen Pflichten hinsichtlich des Einkommens, kann man meines Erachtens nicht anders entscheiden. Die Kirchenämter hatten anfangs alle mehr oder minder diesen Charakter. Ihre Errichtung, was die Fundation anlangt, erfolgte sehr häufig durch Laien oder durch laicale Gewalten; daß das Einkommen kirchlichen Charakter erhielt, bezweifelte niemand. Die älteren Canonisten berühren, weil ihnen diese Verhältnisse noch fremd waren, diese Frage nicht, und was sie hinsichtlich des ratione officii Erworbenen sagen, trifft hier nicht zu“. Soweit die angezogene Schrift.

Bei Gelegenheit einer kurzen Besprechung dieser sehr empfehlenswerten Schrift, in dieser Zeitschrift (1901, S. 890) hatte Schreiber dieses bemerkt, der Verfasser werde mit vorstehenden Ausführungen keineswegs allgemeine Zustimmung finden. Es sei mir gestattet, hier dieser Frage etwas näher zu treten, die praktisch dahin geht, ob Priester,



welche ohne eigentliche Beneficiaten zu sein, doch eine ständige Anstellung und Besoldung auf Grund eines kirchlichen Amtes genießen, also etwa Religionsprofessoren der verschiedenen Stufen, Katecheten, Spital- und Militärseelsorger u. a., sowohl bei Acten inter vivos, als auch mortis causa verpflichtet sind, die aus diesem Einkommen sich etwa ergebenden *superflua ad pias causas* zu bestimmen oder in der Verwendung derselben ebenso frei sind, wie in der Verwendung der *bona industrialia* und *parsimonia*, ja wie in der Verwendung der *patrimonialia*? Dabei berührt es uns nicht, ob man eine Rechtspflicht oder nur eine Liebespflicht behaupten will; erst muß die Frage beantwortet sein, ob ein derartiges Amtseinkommen eines Clerikers ebenso gebunden sei, wie ein eigentliches Pfründeneinkommen bevor man sich, wie bei letzterem, für eine Verpflichtung *ex justitia* oder *ex charitate* entscheiden mag. Die Frage kann auch also gestellt werden: Müssen derartige Gehalte zu den *bona beneficialia* oder können sie zu den *quasipatrimonialia* (*industrialia*) gerechnet werden? Eine bejahende Antwort auf den ersten Theil der Frage muß mit voller Sicherheit bewiesen werden, um bindende Kraft zu haben; denn in *dubio nemo spoliandus est jure, quod possidet*. Ist ein derartiger zweifelloser Beweis nicht erbracht oder sprechen bedeutende Gründe für das Gegentheil, dann werden wir uns nicht berechtigt fühlen, den freien Gebrauch eines derartigen Amtseinkommens zu beschränken, wir werden dasselbe den *bona quasipatrimonialia* zuzählen und dem Besitzer nur jene Pflichten auferlegen, wie sie die christliche Nächstenliebe im Almosengebote einem jeden Besitzenden bezüglich seines Ueberflusses vorschreibt.

Zur Beantwortung der Frage ist es vor allem nothwendig, den Begriff der *bona beneficialia* und der *bona industrialia* genau zu umschreiben. Als Pfründeneinkommen (*bona beneficialia*) finden wir allgemein jenes Einkommen bezeichnet, das dem Inhaber einer geistlichen Pfründe auf Grund derselben, aus derselben zufließt, also auf Grund des Besitzes eines Bisthums, eines *Canonicates*, einer Pfarrei, oder irgend eines anderen *Beneficium*; dahin gehören alle regelmäßigen Einkünfte dieser Pfründen, wie Bodenertrag, Zehnt, Congruaergänzung u. dgl. Diese Einkünfte fließen dem Inhaber der Pfründe, nachdem er in dieselbe rechtlich eingesetzt ist, zu, ohne daß er sozusagen einen Finger rührt. (Röschirt, *Canonisches Recht*, S. 561.) Sie sind nicht zu verwechseln mit dem Einkommen, das er *intuitu ecclesiae* gewinnt; denn es gibt mancherlei Einkommen, das er nur als Diener der Kirche, in geistlicher Eigenschaft gewinnt, ohne daß dasselbe als Pfründeneinkommen angesehen werden könnte, wie es autoritativ durch die Entscheidung der heiligen Pönitentiarie vom 9. August 1821 hinsichtlich der *oblationes fidelium* und mit Entscheidung derselben vom 9. Jänner 1823 bezüglich der *distributiones chorales* und *variae oblationes personis ecclesiasticis datae* bestimmt wurde. Vielmehr bilden jene Einkünfte, welche er



nicht auf Grund seiner Pfründe (*titulo beneficii*), sondern anderweitig aus seinen geistlichen Verrichtungen als Lohn seines Fleißes bezieht, die *bona quasi patrimonialia* oder *industrialia*. Also all das Einkommen, das ihm außer seinem Pfründeneinkommen etwa als besondere Remuneration für die, oder besser gesagt, bei Anlaß der Darbringung der heiligen Messe, Predigten, Spendung der heiligen Sacramente, aus einem Amte, z. B. dem eines Generalvicars, Ranzlers, Seminarrectors u. dgl. zufällt, erwirbt er als *bona industrialia*. Diesbezüglich sind nun nach Reiffenstuels Zeugnis (*Jus canon. univ. III. t. 26. qu. 25 § 1 qu. 2*) die Canonisten darin eines Sinnes, „daß alle behaupten, daß als *bona quasipatrimonialia* jene anzusehen seien, die jemand auf Grund einer geistlichen Verrichtung ohne Rücksicht auf die Pfründe erwirbt“. Die Streitfrage besteht nach dem erwähnten Autor nur bezüglich jener Einkünfte, die ein Pfründner anläßlich solcher geistlicher Functionen bezieht, welche er eben auf Grund seiner Pfründe und seines pfarrlichen Amtes zu leisten verpflichtet und berechtigt ist. Denn es habe den Anschein, als würden ihm diese Einkünfte aus der Pfründe zufließen, da sie ihm nicht zutheil würden, wenn er die Pfründe nicht inne hätte. Derartige Functionen seien z. B. die Einsegnung der Ehen, Auspendung der Sacramente (Pfarrechte), Begräbnisse. „Die gewöhnliche (*communis*) Ansicht“, fährt Reiffenstuel fort, „geht nun dahin, daß die besagten Stolafrüchte *bona industrialia* sind, weil sie gegeben werden gerade mit Rücksicht auf die geleistete Mühe oder geistliche Arbeit gleichsam als Lohn oder Preis derselben, ohne daß irgendeine ausdrückliche oder verschwiegene Verpflichtung damit verbunden wurde, den Ueberschuß für fromme Zwecke zu verwenden; der Arbeiter ist eben seines Lohnes wert und die Cleriker haben darauf ob ihrer geistlichen Verrichtungen nicht weniger Anspruch, als die Laien für weltliche Verrichtungen. Man kann auch aus dem Umstande, daß die Cleriker sie nicht erhalten würden, wenn sie die Pfründe nicht hätten, keineswegs schließen, sie seien auf Grund der Pfründe (*intuitu beneficii*) erworben (so hatten nämlich Van Espen u. a. das *intuitu ecclesiae* des q X III. 26 definiert); denn das ist nur zufällig (*per accidens*), da die Geber gewiß ohne Rücksicht auf die Pfründe lediglich in Erwägung der geleisteten geistlichen Arbeit dem Pfarrer die besagten Stolafrüchte spenden und sie ihm ebensogut zukommen ließen, wenn er auch die Pfründe nicht bekleiden würde, falls er ihnen nur die gewünschten geistlichen Dienstleistungen verrichten würde“. Reiffenstuel bestreitet der gegentheiligen Ansicht die Probabilität nicht (*probabilitate sua non caret*); denn schließlich könne man ja gewiß behaupten, man erwerbe das auf Grund einer Sache, was man nicht erhalten würde, wenn diese Sache nicht vorhanden wäre oder nicht berücksichtigt würde. In gleichem Sinne spricht sich Schmalzgrueber (*Jus eccles. univers. III. tit. 25*) aus. Er begreift nicht nur das Einkommen aus Predigen, Beicht hören, Messelesen, sondern auch aus



den Funeralien, überhaupt die Stola unter den *bona quasi patrimonialia*, über die der Cleriker frei verfüge. „Und da macht es auch keinen Unterschied, wenn derartige Entlohnungen die geleistete Mühe und Arbeit übersteigen; denn sie werden von den Gläubigen freiwillig und bedingungslos gegeben“ (ibid. qu. 3).

Aus dem Gesagten ergibt sich, daß es bezüglich der Frage, ob ein Einkommen des Priesters als Pfründeneinkommen zu beurtheilen ist oder nicht, keine Bedeutung hat, ob und wieweit eine Weihe, eine *missio canonica* zur Verrichtung jener Functionen verlangt wird, die den Anspruch auf dieses Einkommen begründen. Im Gegentheile, alle *bona industrialia* setzen eine solche Weihe oder *missio canonica* voraus, werden sie doch für geistliche Einrichtungen gegeben, die nach den Worten Schmalzgruebers von Clerikern als solchen (*a clericis ut talibus*) ausgeübt werden. Das Einkommen des Geistlichen wird also dadurch noch nicht zu einem gebundenen nach Art des eigentlichen Pfründeneinkommens, daß es aus einer Thätigkeit, einer Anstellung gewonnen wird, die eine Weihe, eine geistliche Sendung voraussetzt, es kann hieraus auch bezüglich der Religionslehrer, Militärseelsorger, Katecheten u. dgl. keine bindende Beschränkung abgeleitet werden.

So bliebe denn nur das Eine übrig, daß man derartige Aemter ob der Beständigkeit, Gleichmäßigkeit ihres Einkommens den eigentlichen Pfründen gleichzustellen gezwungen wäre und zwar auch in dem Falle, daß dieses Einkommen, nicht einmal aus einem kirchlichen Fond hergeleitet würde. In der That wird es von Hollweck so charakterisiert, wenn er als gebundenes Eigenthum „das eigentlich ständige Amtseinkommen bezeichnet, mag sich dasselbe nun aus einem Beneficium herleiten oder aus sonstigen Fonds (weltlichen oder kirchlichen) dargereicht werden“. Allein mit welchem Rechte werden beide gleichgestellt? Was zwingt uns, diese Gehalte gleich den Pfründen zu behandeln? — Das Gebundensein des Pfründenvermögens schreibt sich nach einer durchaus probabeln Ansicht nicht aus dem natürlichen oder göttlichen Rechte, sondern nur aus dem positiven Kirchengesetze her (Schmalzgrueber l. c. ad finem. mit Soto, Lessius u. a.). Die Gleichstellung von Gehältern und Pfründeneinkommen müßte also in diesem seine Begründung finden. Nun ist diese aber weder in dem kirchlichen Begriffe des Pfründeneinkommens, noch in einer positiven Erklärung der Kirche in dieser Allgemeinheit enthalten. Unter Pfründen, objectiv genommen, versteht man „einen Theil der Gott geweihten Güter, welcher mit einem rechtmäßig errichteten und dauernd bestehenden kirchlichen Amte verbunden ist“. (Bucceroni, Theol. moralis, II. n. 186.) Das Recht, auf Grund des kirchlichen Amtes den Fruchtgenuß dieses Theiles der Kirchengüter zu beanspruchen, heißt Pfründe im subjectiven Sinne. Es gehört also wesentlich zum Begriffe der Pfründe, daß sie Antheil gibt „an Gott geweihten Gütern“. Wenn also ein Geistlicher aus welt-



lichen Fonds für gewisse Dienstleistungen, für welche der Staat in seinem eigenen Interesse zu sorgen hat (Religionsunterricht an Schulen u. dgl.), einen Gehalt bezieht, kann derselbe weder deshalb, weil zu dem Amte eine *missio canonica* erfordert wird, noch weil der Gehalt ständig ist, als Pfründe bezeichnet werden. Aber selbst wenn der Gehalt aus kirchlichen Fonds bezahlt würde, ergäbe sich noch nicht ohneweiters der kirchliche Begriff der Pfründe. Der Genuß der Einkünfte muß ja mit einem „rechtmäßig (canonisch) errichteten und dauernd bestehenden Amte“ verbunden sein. Was bei einem *beneficium* unter rechtmäßig und dauernd errichtet verstanden wird, ist etwas ganz anderes, als die Form, in der Katechetstellen, Professorenkanzeln, Seminarvorsteher-, Generalvicars- und dergleichen Stellen errichtet werden, sowie auch die Verleihung und Enthebung von jenem canonisch genau bestimmt ist, nicht aber bei diesen. Die „dauernde“ Errichtung der Pfründe hat ihr Gegenstück in der Inamovibilität des Pfründeninhabers; etwas ganz anderes ist bei den genannten Gehaltsstellen der Fall, wo Inhaber und Stelle selbst — wenigstens vom kirchlichen Standpunkte — leicht beseitigt werden können. Man kann derartige Aemter oft nicht einmal *officia manualia* nennen (Wernz, *Jus decret.* II. p. 348), weil nicht nur das Recht auf die Einkünfte, sondern auch die Stelle selbst nicht canonisch dauernd begründet erscheint, also sowohl die *perpetuitas subiectiva*, wie *obiectiva* abgeht.

Es wäre denn auch sonderbar, wenn der Beneficiat, der zugleich Katechet wäre, laut Obigem nur die Entlohnung für den Religionsunterricht als freiverfügbares Einkommen (*bona industrialia*) bezöge, während sein mit keinem Beneficium gesegneter College die Entlohnung derselben Arbeit — er ist nämlich Katechet — als gebundenes Einkommen (*bona beneficialia*) erwerben würde nur allein darum, weil er nicht glücklicher Pfründeninhaber, sondern nur „ständig“ an einer Stelle ist, „für deren Bekleidung die *missio canonica* nothwendig ist“ und die staatlichen Beiträge, welche dafür gezahlt werden, „*intuitu ecclesiae*, d. h. mit Rücksicht auf geistliche Amtsfunktionen erworben werden“. Wie falsch gerade diese letzte Auffassung des Pfründengutes ist, wurde bereits oben gezeigt, Pfründeneinkommen und Einkommen aus geistlichen Amtsfunktionen decken sich absolut nicht, im Gegentheil wird das Einkommen aus geistlichen Amtsfunktionen, selbst wenn der Beneficiat gerade als Beneficiat Anspruch auf deren Verrichtung und Entlohnung hat, gemeiniglich als freiverfügbares Einkommen betrachtet. Also umsomehr Verrichtungen, welche nicht an eine Pfründe gebunden sind. Aus dem kirchlichen Pfründenbegriffe folgt also eine Gebundenheit der für Religionsunterricht und andere geistliche Aemter ständig bezogenen Gehälter nicht. Das gesteht auch Hollweck zu, indem er schreibt: „*Reditus beneficii* im strengen Sinne der älteren Canonisten sind Staatsgehälter sicherlich nicht“. Aber er meint: „Die enge Auffassung,



daß es *reditus beneficii* in sensu stricto sein müssen (S. Alphons. IV. 5. n. 490) kann m. E. nach der Entscheidung der Pönitentiarie vom 19. Jänner 1819 nicht mehr gehalten werden“. So hätten wir eine positiv kirchliche Entscheidung, welche den Begriff des Beneficial Einkommens auch auf diese Gehälter ausgedehnt hat? Keineswegs. Die Entscheidung vom bezeichneten Datum besagt nichts anderes, als daß die „Gehälter, welche ein Staatswesen nach Wegnahme der Kirchengüter an Stelle von deren Einkünften bezahlt, die Eigenschaft des dadurch Ersetzten annehmen und demnach auch wie dieses zu behandeln sind“. (Vgl. Bucceroni l. c. p. 52.) Hier handelt es sich offenbar um canonisch errichtete Beneficien, welche mangels einer aus dem Beneficialbesitze fließenden hinreichenden Dotation vom Staate, der die Kirchengüter säcularisiert hat, bestritten oder ergänzt werden. Wo eine derartige Subrogation nicht nachweisbar und überdies von einem canonisch errichteten Beneficium keine Rede sein kann, kann auch nicht behauptet werden, daß das betreffende Amt, resp. dessen Einkommen, „die Eigenschaft des dadurch Ersetzten, nämlich eines wahren Beneficiums, annehmen und darnach zu beurtheilen sei“. Damit entfällt der Beweis bezüglich der Gehälter.

Da nun ein Gebundensein dieser Gehaltseinkünfte in keiner Weise sicher erwiesen erscheint,<sup>1)</sup> so dürfen wir, selbst wenn wirklich Gründe der Billigkeit dafür sprechen sollten, etwa die ältere Gestaltung des kirchlichen Pfründenwesens, nach dem bekannten Grundsatz „in dubio standum pro libertate“ uns für die Praxis das Einkommen aus derartigen Gehältern ruhig als *bona industrialia*, als frei verfügbares Eigenthum ansehen und behandeln. Von ihnen läßt sich mit Ferraris (Prompt. biblioth. can. ad v. Beneficiatus 3, 22) behaupten: „Noch viel weniger darf man unter dem Verbote, über Beneficialgut frei ein Testament zu errichten, jenes Einkommen begreifen, das Cleriker mit Rücksicht auf eine kirchliche Amtsverrichtung (*ministerium*) beziehen, noch auch jenes, das sie ob ihrer Würde oder ihrer Weihe außer dem Pfründeneinkommen mit Rücksicht auf irgend eine persönliche Arbeit genießen, auch wenn sie dazu verpflichtet sind“. Was da dem Beneficiaten recht, ist gewiß dem Nichtbeneficiaten, der für die gleiche Arbeit seinen Lohn erhält, billig; so bedingungslos jenem der Entgelt seiner Mühen gespendet wird, — bekanntlich wird dies Argument gewöhnlich für die Ungebundenheit der *fructus industriales* des Beneficiaten angeführt — so frei von jedem Vorbehalt, so ganz und gar schenkt der Staat „seinen“ Religionslehrern, Professoren u. s. w. ihren verdienten Gehalt. Und so mag auch die Unterscheidung Heiners über das Hinausgehen, was als sicher und bewiesen gelten kann, wenn er sagt: „Beruht ersteres (das Gehalt)

<sup>1)</sup> Es genügt hier nicht, auf ein: „Idem haud immerito creditur de salario professorum theologiae aliorumque clericorum ex bonis ecclesiae assignato“ (Aichner Comp. juris can. 1900, p. 851.) hinweisen zu können, um eine sichere Verpflichtung zu behaupten.



auf einem privatrechtlichen Titel, so tragen solche salaria die Natur von Beneficien an sich; anders, wenn sie nur rein freiwillige Staatszuschüsse sind“ (Kirchenrecht 1897, II, 427).

Wenn daher das Provincialconcil von Prag den Beneficiaten mit Berufung auf das Trienter Reformdecret (sess. XXV. c. 1.) die strenge Pflicht einschärft, ut fructus beneficii vel pensionis in beneficii locum suffecti, etiamsi a gubernio civili solvatur, a sustentatione superfluos ad pias causas elargiantur (tit. VII. c. 4) und dann fortfährt: „De reliquis autem bonis, quae patrimonialium, industrialium et parsimonialium nomine veniunt, beneficialibus solum exceptis, beneficiati, prout ceteri clerici saeculares, plenam habent facultatem libere ac pro arbitrio disponendi“, so setzt das voraus, daß diese „übrigen Cleriker“, die nicht Beneficiaten sind, überhaupt über ihr ganzes Einkommen freies Verfügungsrecht haben. Dazu müssen wir aber, solange man nicht das Gegentheil unzweifelhaft beweist, alle diejenigen zählen, die ihren Lebensunterhalt aus einer geistlichen Beschäftigung ziehen, die nicht an ein Beneficium geknüpft ist. Das Amtseinkommen aus Ämtern und Berrichtungen, welche nicht den Charakter eines eigentlichen Beneficiums haben, erscheint daher sowohl für Schenkungen inter vivos wie auch im Testamentswege als nicht gebundenes Eigentum des Clerikers, so daß auch dessen Ueberschuß sein Eigen ist.

Prag.

Univ.-Prof. Dr. Hilgenreiner.

**IV. (Theilnahme der Priester an den kirchlichen Feierlichkeiten am Gründonnerstage.)** Nicht vom Standpunkte der devotio, sondern der obligatio und obedientia canonica ist die nachstehende Ausführung zu nehmen. Welche Verpflichtungen haben wir Geistliche bezüglich der functiones, zumal der Communio am Gründonnerstage?

I. Was die Priestercommunio feria V. in Coena Domini anbelangt, möge als Antwort ein Passus aus dem Schreiben Clemens XIV. an den Bischof von Ciudad Rodrigo (Erzdiöcese Valladolid, Provinz Salamanca in Spanien) dd. 30. Jänner 1771 hier angeführt werden: Fr. Cajetanus Anton. Eppus Civitatis, statim ac in ejusdem Ecclae pastorem praefectus fuit, vigilantia ac sollicitudine quidem pastoralis primum Capitulum et Canonicos semel ac iterum monitos reddidit, postmodum vero suo generali edicto die 4. Aprilis 1770 in tota dioecesi Civitatis publicato mandavit, ne missae privatae feria V. in Coena Domini celebrandae essent, sed omnes de Clero Ssmum de manu sacerdotis celebrantis Missam sub poena suspensionis ipso facto incurrendae sumere tenerentur.<sup>1)</sup>

<sup>1)</sup> Im Folgenden werden die angeführten Einzeldecrete (decreta S. Pontificis und resolutiones S. R. C.) nicht als Beweise im strengen Sinne des Wortes erbracht, sondern als interpretationes authenticae consuetudinis universalis Ecclesiae — um mich im vorhinein gegen einen eventuellen Vorwurf zu sichern,